

Autor: Michel Kutteneuler // Europäische Akademie NRW // 20. Oktober 2022

China und Taiwan – Spannungsgeladene Beziehung(en)

NEWS

Die kurzzeitige Eskalation des China-Taiwan-Konflikts Anfang August veranlasste auch uns dazu, uns intensiver mit der Thematik auseinanderzusetzen. In einer Online-Veranstaltung diskutierten wir Mitte September mit dem Journalisten Steffen Wurzel (SWR) und der Politikwissenschaftlerin Dr. Josie-Marie Perkuhn (Uni Trier) die Entwicklungen nach dem Taiwan-Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi. Eine inhaltliche Nachbereitung.

VR China • Republik China (Taiwan) • Asien • Straße von Taiwan • Chipindustrie • Geopolitik

»Taiwan ist ein untrennbarer Teil Chinas. Die Taiwanfrage ist Chinas innere Angelegenheit. China ist gegen jeglichen offiziellen Kontakt mit Taiwan, von Ländern, die diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik unterhalten.«

So lauten im Wesentlichen die Kernaussagen des Ein-China-Prinzips, der Staatsdoktrin der Volksrepublik China (VR China). Dementsprechend verärgert und entschlossen reagierte die VR China mit groß angelegten Militärübungen auf den Taiwan-Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi Anfang August. Ein seit Jahrzehnten schwelender Konflikt zwischen der VR China und der Republik China (Taiwan) rückte dadurch wieder weltweit in den Mittelpunkt.

Wie alles begann

Der Konflikt zwischen China und Taiwan dauert nun schon über sieben Jahrzehnte an. Nach dem chinesischen Bürgerkrieg (1927-1949) zogen sich die Mitglieder der unterlegenen Kuomintang-Partei, der rechtmäßigen Regierung der damaligen „Republik China“, unter Führung von Chiang Kai-shek auf die Insel Taiwan zurück. Seitdem bildet die Insel Taiwan gemeinsam mit weiteren kleinen Inselgruppen das De-facto-Herrschaftsgebiet der „Republik China“. Die im Bürgerkrieg siegreiche kommunistische Partei unter Mao Zedong rief derweil am 01. Oktober 1949 auf dem chinesischen Festland die „Volksrepublik China“ aus. Die Formosastraße (auch: Taiwanstraße) als Meerenge trennt seitdem Taiwan nicht nur geographisch vom Festlandchina, sondern auch politisch.

Während Taiwan sich innerhalb von 70 Jahren zu einem demokratischen und hochtechnologischem Land entwickelt hat, ist China unter der Kommunistischen Partei zu einer autoritären

Großmacht aufgestiegen. Die Kommunistische Partei betont immer wieder, dass eine Wiedervereinigung mit Taiwan, das als „abtrünnige Provinz“ gesehen wird, offizielles Staatsziel Chinas ist – zur Not auch mithilfe militärischer Gewalt. Wobei von einer Wiedervereinigung im eigentlichen Sinne gar nicht die Rede sein kann. Denn schließlich ist Taiwan nie ein Bestandteil des Staatsgebiets der 1949 ausgerufenen VR China gewesen. Doch auf dem chinesischen Festland sieht man das anders. So berichtet Steffen Wurzel in einer Anekdote aus seiner Zeit als ARD-China-Korrespondent, dass sämtliche Landkarten Chinas Taiwan als Teil der Volksrepublik darstellen: Egal ob auf der Wetterkarte im Fernsehen, im Schulatlas oder als Aufdruck auf T-Shirts.

#1

Der lange Weg Taiwans zur Demokratie

Doch Taiwan selbst war nicht immer schon die fortschrittliche, liberale und hochmoderne Demokratie, zu der sie heute geworden ist. Chiang Kai-shek etablierte nach dem Bürgerkrieg auf der Pazifikinsel eine strikte Militärdiktatur unter seiner Führung. Die Kuomintang-Partei übte lange Zeit eine Ein-Parteien-Herrschaft aus – bis 1987. Denn bis dahin galt seit 1949 in ganz Taiwan das Kriegsrecht, also ein fast 40 Jahre andauernder Ausnahmezustand. Erst mit dessen Aufhebung durch Chiang Ching-kuo, den Sohn Chiang Kai-sheks und dritten Präsidenten Taiwans, wurde auch andere Parteien zugelassen. Dadurch wurde der Weg frei für einen umfassenden Demokratisierungsprozess, der Taiwan zu einer lebhaften und einer der stabilsten Demokratien Asiens gemacht hat. Heute gibt es neben der traditionsreichen Kuomintang (KMT) und der Demokratischen Fortschrittspartei (DFP) – den beiden großen Volksparteien, die sich seit 1987 an der Macht abwechseln – eine vielfältige Parteienlandschaft. Seit 2016 stellt die DFP mit Tsai-Ing Wen die Präsidentin, die 2020 für eine zweite Amtsperiode bestätigt wurde.

Der schwere Stand Taiwans in der Internationalen Gemeinschaft

Während sich Taiwan innenpolitisch über die Jahre weiterentwickelte, verlor es außenpolitisch zunehmend an Bedeutung und Anerkennung. Denn nach dem Bürgerkrieg wurde international zuerst weiterhin die Exilregierung auf Taiwan als rechtmäßiges China anerkannt. Diese vertrat den chinesischen Staat auch in internationalen Organisationen, unter anderem bei den Vereinten Nationen. Doch mit der Resolution 2758 verlor die Republik China im Jahr 1971 ihre UN-Mitgliedschaft, welche in der Folge an die VR China übertragen wurde. Unter der impliziten Anerkennung der VR China als rechtmäßige Vertretung des chinesischen Volkes litt auch Taiwans Stand in der internationalen Staatengemeinschaft.

Hauptverantwortlich für den Sinneswandel in der internationalen Politik ist das von der VR China propagierte Ein-China-Prinzip. Dieses ist für die Kommunistische Partei Chinas die Grundlage aller Souveränitätsfragen.^{#2} Demnach gibt es nur ein einziges China – inklusive Taiwan, Hongkong und Macau. Alle Staaten, die Beziehungen zur Volksrepublik unterhalten wollen, müssen sich nach dem Willen Pekings daranhalten und dürfen deshalb Taiwan nicht als unabhängiges Land anerkennen. So brachen etwa 1979 schließlich auch die USA die diplomatischen Kontakte zu Taiwan ab, nachdem sie offizielle Beziehungen zur VR China aufgenommen hatten. Seitdem bildet der sogenannte Taiwan-Relations-Act^{*1} den rechtlichen Rahmen für die US-Taiwan-Beziehungen. Auch Deutschland ist heute in Taipeh nur mit einem Deutschen Institut vertreten, das de facto als Ständige Vertretung agiert. Lediglich einige kleinere Staaten, etwa der Heilige Stuhl im Vatikan, unterhalten offizielle diplomatische Beziehungen zu Taiwan.

Regeln des Miteinanders: Zwischen Annäherung und Spannungen

Im Laufe der Zeit hat sich zwischen China und Taiwan ein komplexes Netz an Spielregeln, Institutionen und No-Gos etabliert, um eine gegenseitige Provokation und Eskalation zu vermeiden. Etwa der Konsens von 1992, eine inoffizielle Übereinkunft zwischen Politiker*innen beider Länder, nach der beide Länder zustimmen, dass es nur ein China gebe, jedoch jedes Land seine eigene Vorstellung habe, wie dieses eine China aussehen soll. Der Konsens von 1992 bedeutet auch implizit, dass Taiwan auf eine einseitige Unabhängigkeitserklärung verzichtet. In Taiwan wurde auf Ministerialebene eigens der Rat für Festlandsangelegenheiten (Mainland Affairs Council, MAC) geschaffen, der gemeinsam mit seinem chinesischen Pendant, dem Taiwan Affairs Office (TAO), die Beziehungen zwischen Shanghai und Taipei regelt.

Wie fragil dieses Institutionen- und Normengebilde dennoch ist, zeigte nun erneut der Besuch von Nancy Pelosi, Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, in Taiwan Anfang August. China reagierte auf diese vermeintliche Provokation mit großangelegten Militärübungen rund um die demokratische Inselrepublik und übte dabei auch eine Eroberung. Ballistische Raketen flogen nordöstlich und südwestlich von Taiwan ins Meer. Taiwan wiederum hat Militärübungen zur Landesverteidigung begonnen, nach eigenen Aussagen geplant und nicht als Reaktion auf China.

Grundsätzlich ist es keine Seltenheit, dass Delegationen mit ausländischen Politiker*innen nach Taiwan reisen. In Deutschland gibt es den Parlamentarischen Freundeskreis Berlin-Taipei, eine Gruppe deutscher Parlamentarier, die in den vergangenen Jahren häufiger dort war – erst kürzlich war wieder eine deutsche Delegation vor Ort.^{#3} Vor 25 Jahren, im Jahr 1997, war Newt Gingrich, damals Sprecher des US-Repräsentantenhauses zu Gast in Taipeh. Er hatte also die gleiche Position inne wie heute Nancy Pelosi, dennoch war damals der Aufschrei auf Chinas Festland weniger groß. Doch die Voraussetzungen 2022 sind andere, als noch vor einigen Jahren.

Andere Voraussetzungen – neue Gefahren?

Die neue Eskalationsstufe hängt insbesondere auch mit einer Person zusammen: Dem chinesischen Machthaber Xi Jinping. Dieser stand zuletzt innenpolitisch unter Druck: Ihm wurden Fehler in der Wirtschaftspolitik, der Außenpolitik und der Pandemiebekämpfung vorgeworfen. Mit der No-Covid-Strategie ist er in einer Sackgasse – die Wirtschaft leidet unter den harten Maßnahmen. Vor dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei am 16. Oktober, bei dem sich Xi Jinping für weitere fünf Jahre als Generalsekretär bestätigen ließ, bot der Besuch von Nancy Pelosi eine Gelegenheit, um seine Macht zu demonstrieren und Stärke und Führungsqualität zu zeigen – nach innen wie nach außen.

In der Vergangenheit war China häufig für seinen handelspolitischen Pragmatismus bekannt. Allein aus wirtschaftspolitischen Interessen war eine Auseinandersetzung mit Taiwan lange Zeit nahezu undenkbar. Doch die chinesische Politik unter Xi Jinping ist zunehmend ideologiegetrieben. Xi Jinpings verfügt unbestritten über ein ausgeprägtes Großmachtstreben. Mit seinem Amtsantritt 2012 formulierte er im „Chinesischen Traum“ seine Vision von der Zukunft der VR China. Demnach soll bis zum 100. Jahrestag der Volksrepublik im Jahr 2049 die „Große Wiedergeburt der Chinesischen Nation“ erfolgen und China zu einer echten Weltmacht aufsteigen.

Ein essenzieller Bestandteil der Verwirklichung dieser Vision ist auch die Wiedereingliederung Taiwans. ^{#4}

Zudem ist der militärische Bedeutungsgewinn der VR China als Faktor zu nennen. Die Volksbefreiungsarmee wurde massiv aufgerüstet, insbesondere die Marine. Zahlenmäßig verfügt die Volksrepublik über die größte Armee der Welt, auch bei der Kampfstärke der Flotten hat die VR China die USA inzwischen überholt. ^{#5} Das chinesische Militär ist dazu zunehmend moderner ausgestattet, wenn auch nicht annähernd so kriegserfahren wie etwa das US-Militär. Regelmäßige Militärmanöver oder Provokationen durch sogenannte Grauzonentaktiken, etwa das Eindringen von Kampfjets in die Luftverteidigungszone Taiwans, sprechen allerdings für das zunehmend selbstbewusste, furchtlose und dominante militärische Auftreten Chinas.

Eine weitere veränderte Voraussetzung ist die wirtschaftlich-technologische Bedeutung Taiwans. Als weltweit führender Auftragsfertiger von Halbleiterchips kommt der Insel eine hohe strategische Bedeutung zu. Insbesondere die Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC) dominiert den internationalen Chip-Markt. Im Bereich der Chip-Auftragsfertigung hat der taiwanische Marktführer mit namhaften Kunden wie Apple, Tesla oder Nvidia einen Marktanteil von 54%. Mit 7% Marktanteilen kommt auch der weltweit drittgrößte Auftragsfertiger für Halbleiter – die United Microelectronics Corporation (UMC) – aus Taiwan. ^{#6} Vor allem die sogenannten Spitzenchips, also die besonders kleinen und hochleistungsfähigen Halbleiter, die für Smartphones oder moderne Kriegsgeräte gebraucht werden, werden fast ausschließlich in Taiwan produziert. ^{#7} Dieses »Silizium-Schutzschild«, das der Journalist Craig Addison schon Anfang der 2000er-Jahre entsprechend taufte ^{#8}, ist sowas wie Taiwans Lebensversicherung – macht es aber gleichzeitig attraktiv für eine Invasion. Digitale Geopolitik at its best.

Während China in einem im August veröffentlichten Weißbuch seine Ambitionen hinsichtlich einer Wiedervereinigung mit Taiwan nochmal bekräftigt hat, ^{#9} entfremden sich die Leute in Taiwan laut Umfragen zunehmend von China und betonen ihre eigene kulturelle Identität. Eine Umfrage der National Chengchi University in Taipeh fragt seit 1992 die gefühlte Identitätszugehörigkeit der auf Taiwan ansässigen Personen ab. Bei der letzten Abfrage im Juni 2022 gaben knapp zwei Drittel der Befragten an, sich ausschließlich als Taiwaner zu fühlen. Rund 30 Prozent identifizieren sich als Chinesen und Taiwaner, wobei lediglich 2,4 Prozent sich ausschließlich als Chinesen betrachten. ^{#10} Auch die Zustimmung zu einem Anschluss Taiwans an China ist auf dem Inselstaat kontinuierlich gering: Laut Statista wollen weniger als 7 Prozent der befragten Taiwaner*innen aktuell oder perspektivisch einen Anschluss in China. Die große Mehrheit befürwortet den Status Quo – entweder dauerhaft oder mit einer Perspektive auf die Unabhängigkeit Taiwans. ^{#11} Diese zunehmende Abneigung gegenüber Festlandchina und die Bildung einer eigenen Identität auf dem Inselstaat lässt die Perspektiven eines friedlichen Zusammenschlusses immer weiter schwinden.

Zu guter Letzt stehen sich China und Taiwan auch zunehmend im Zeichen eines globalen Systemkonflikts gegenüber. Die VR China und Taiwan basieren auf zwei grundlegend verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemen. Einerseits ein autokratischer Staat – andererseits eine liberale Demokratie; einerseits ein sozialistisch geprägtes Wirtschaftssystem – andererseits purer Kapitalismus; einerseits ein kontrollierender Überwachungsstaat – andererseits eine offene und tolerante Gesellschaft. In der Studie *Vom Umgang mit Taiwan (2022)* kommen die Autoren zu folgendem Schluss: „Im globalen Systemkonflikt zwischen

liberal-demokratischen und autoritären Gesellschaftsordnungen besitzt Taiwan als konsolidierte, pluralistische Demokratie und politisches Gegenmodell zum autoritären System der VR China eine herausragende Stellung.“^{#12} Diese in unmittelbarer geographischer und kultureller Nähe gelebte Alternative zum eigenen totalitären System ist zunehmend ein Störfaktor für die Führung der Kommunistischen Partei – insbesondere vor dem Hintergrund eines globalen Systemwettbewerbs mit den USA.

Die Rolle der USA

Die US-amerikanische Taiwan-Politik ist seit dem Taiwan Relations Act von 1979 geprägt von strategischer Ambiguität – also einer Politik der absichtlichen Mehrdeutigkeit. Bedeutet konkret: Waffenlieferungen zur Selbstverteidigung Taiwans ja – es bleibt aber offen, ob die USA ihr eigenes Militär zur Verteidigung Taiwans einsetzen würden. Biden hat die Verteidigung mit militärischen Mitteln zuletzt mehrfach bejaht und somit den Kurs der Strategischen Ambiguität verlassen. Außenminister Anthony Blinken und Verteidigungsminister Lloyd Austin ruderten öffentlich zurück und betonten, dass die USA gegenüber Taiwan noch immer die gleiche Politik verfolge wie seit 1979.^{#13}

Klar ist dennoch, dass die USA in Taiwan auch eigene Interessen verfolgen: wirtschaftlich, strategisch und militärisch. So sind die USA in hohem Maße von den Mikrochips des taiwanesischen Weltmarktführers TSMC abhängig, auch wenn die USA mit dem milliardenschweren *Chips Act (2022)* versucht, die Chip-Produktion wieder vermehrt ins eigene Land zu holen. Zudem ist Taiwan ein zuverlässiger Abnehmer US-amerikanischer Waffensysteme und Panzer. Erst Anfang September schlossen die USA mit Taiwan einen neuen, milliardenschweren Waffendeal ab.^{#14}

Als Teil der sogenannten ersten Inselkette liegt Taiwan geostrategisch sehr gut. Diese erste Inselkette reicht von Japan über Taiwan und die Philippinen bis nach Malaysia und schränkt den Zugang der VR China zum Pazifik ein. An mehreren dieser Standorte verfügt die USA über Marinestützpunkte – etwa auf der japanischen Insel Okinawa, die Teil der Ryūkyū-Inseln ist. Japan und die USA haben eine bilaterale Militärallianz (*Vertrag über gegenseitige Kooperation und Sicherheit*) und betonen regelmäßig ihre Entschlossenheit zum „Beitrag zur Sicherung von Frieden und Stabilität in der Straße von Taiwan“. Mehr als 50.000 US-Soldat*innen sind auf japanischem Territorium stationiert. Auch zu Südkorea pflegt das US-Militär gute Beziehungen.^{#15} Um die Seeherrschaft im Pazifik langfristig zu sichern, die durch eine stärker werdende chinesische Marine zunehmend gefährdet ist, ist die USA auf freundschaftliche Beziehungen zu Taiwan angewiesen.

Und die EU...?

Die europäische Position zum Taiwan-Konflikt ist geprägt von wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen. Trotz eines gemeinsamen Wertefundaments mit Taiwan hält sich die EU mit einer klaren Positionierung zur China-Taiwan-Frage traditionell zurück, vor allem aus Rücksichtnahme auf den wichtigen Handelspartner China. Zudem scheut die EU eine Eskalation des Konflikts durch eine militärische Konfrontation, in welche Sie möglicherweise über ihre engen Verbindungen zu den USA hineingezogen werden könnte.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell beschrieb in einer Rede vor dem Europaparlament am 13. September 2022 die gemeinsame EU-Position in der Taiwan-Frage wie folgt: Man wolle man die Ein-China-Politik beibehalten, die Stabilität in der Region sichern beziehungsweise einen (gewaltvollen) Wandel des Status Quo verhindern und dennoch zukünftig enger mit Taiwan zusammenarbeiten. ^{#16} Drei Ziele, die nicht ganz leicht unter einen Hut zu bringen sein werden.

Das „Ein Land, zwei Systeme“-Versprechen – eine Illusion?

Im chinesischen Anti-Sezessionsgesetz von 2005^{*2} wurde Taiwan für den Fall einer Vereinigung ein hohes Maß an Autonomie in Aussicht gestellt. Doch wie wahrscheinlich dieses Versprechen von einem Land mit zwei Systemen ist, zeigt sich exemplarisch anhand einiger Beispiele.

Ein ähnliches Versprechen wurde bereits Hongkong 1997 bei der Übergabe der Staatshoheit von der britischen Kolonialmacht an die VR China gemacht. Doch die versprochenen Autonomie- und Freiheitsrechte Hongkongs wurden spätestens mit dem Sicherheitsgesetz 2020^{*3} faktisch abgeschafft. In der Provinz Xinjiang werden Tausende bis Millionen Uiguren in Umerziehungslagern festgehalten – ein offenes Geheimnis, das im Mai dieses Jahres in den "Xinjiang Police Files" öffentlich leaked wurde. ^{#17} Im französischen Fernsehen sprach der chinesische Botschafter in Frankreich – Lu Shaye – davon, die taiwanesishe Regierung betreibe anti-chinesische Propaganda und man müsse auch die Taiwan*innen nach einer angestrebten Vereinigung umerziehen. ^{#18}

Vor dem Hintergrund scheint es unwahrscheinlich, dass das chinesische Versprechen auch wirklich umgesetzt würde, zumal eben gerade das taiwanesishe System selbst und die damit verbundenen Freiheiten der Führung der Kommunistischen Partei in China ein Dorn im Auge sind.

Status Quo als dauerhafte Lösung?

Ein Großteil der Staaten, inkl. Taiwan selbst, propagiert die dauerhafte Beibehaltung des Status Quo als Lösung des Taiwan-Konflikts. Zumindest zum jetzigen Zeitpunkt scheinen die beiden Extremszenarien – militärische Lösung oder friedliche Vereinigung – eher unwahrscheinlich. Gegen einen Krieg sprechen vor allem wirtschaftliche Argumente, etwa der hohe Grad an wirtschaftlicher Verflechtung zwischen China und Taiwan. Doch die VR China setzt zunehmend auf wirtschaftliche Autonomie. Durch langfristig angelegte Initiativen wie *Made in China 2025* oder die *Digitale Seidenstraße* will die Volksrepublik ihre Abhängigkeiten von ausländischen High-End-Produkten reduzieren – auch von Chips aus Taiwan. Doch auch militärische Argumente sprechen (noch) gegen einen Krieg: Etwa die hohe Unterstützungsbereitschaft der USA, die ihre Hände schützend über den Inselstaat hält. Zudem ist für die chinesische Führung ein Krieg gegen die eigenen Landsleute in Taiwan schwer zu rechtfertigen.

Vieles spricht dafür, dass die VR China in den kommenden Jahren vor allem auf Taktiken der hybriden und psychologischen Kriegsführung zurückgreifen wird, um die Bevölkerung in Taiwan zu verängstigen und zu verunsichern. Dazu dienen das Ausüben von wirtschaftlichem Druck und das Verhängen von Sanktionen (etwa gegen die Einfuhr taiwanesischer Zitrusfrüchte und Fischprodukte ^{#19}), das Durchführen von militärischen Übungen auf See oder in der Luft und die diplomatische Isolierung Taiwans in der Welt. Auch gezielte

Desinformationskampagnen und Propagandamaßnahmen spielen eine zunehmende Rolle: Von der Parteizentrale der Kommunistischen Partei in China aus steuert die *Zentralabteilung Vereinigte Arbeitsfront* sämtliche Operationen, die dazu dienen, einflussreiche Organisationen und Individuen in Übersee pro-chinesisch zu beeinflussen. Nicht nur, aber auch in Taiwan. Durch Falschnachrichten-Kampagnen soll das Vertrauen der Bevölkerung in die taiwanesischen Regierung unterwandert, die öffentliche Meinung beeinflusst und eine Pro-Wiedervereinigungs-Rhetorik verbreitet werden.^{#20} Rund um den Pelosi-Besuch meldete Taiwans Digitalministerin Audrey Tang 23 Mal mehr Cyber-Angriffe als gewöhnlich.^{#21}

Noch wehrt sich Taiwan mit aller Kraft gegen die chinesische Übermacht – durch die Aufrüstung der Marine, Militärmanöver zur Erprobung des Ernstfalls, Cybersicherheits-Maßnahmen und die Schulung der Medienkompetenz der Bevölkerung. Auf Dauer kein leichtes Unterfangen angesichts des selbstformulierten Weltmacht-Anspruches der VR China und seiner zunehmenden militärischen und wirtschaftlichen Stärke. Gewiss ist: Auch in Zukunft bleiben die Beziehungen zwischen der VR China und Taiwan vor allem eines – Spannungsgeladen.

Begriffserklärungen und weitere Informationen

- *1 **Taiwan-Relations-Act:** Der Taiwan-Relations-Act von 1979 bildet den rechtlichen Rahmen für US-Taiwan-Beziehungen. Er verpflichtet die USA, Taiwan im Falle eines Angriffs mit den für die Selbstverteidigung notwendigen Waffen und „Verteidigungsdiensten“ auszustatten. Dr. David Kuehn vom GIGA-Institut informiert hierzu: *Auf politischer Ebene stellt das Gesetz sicher, dass trotz der diplomatischen Nichtanerkennung de facto zwischenstaatliche „kommerzielle, kulturelle und andere Beziehungen zwischen der Bevölkerung der Vereinigten Staaten und der Bevölkerung Taiwans“ bestehen können. Darüber hinaus besagt das Gesetz, dass US-Präsidenten die Beziehungen zwischen den USA und Taiwan nicht ohne Zustimmung des Kongresses ändern können. In militärischer Hinsicht sieht das Gesetz vor, dass „die Vereinigten Staaten Taiwan Verteidigungsgüter und Verteidigungsdienste in dem Umfang zur Verfügung stellen, der erforderlich ist, um Taiwan in die Lage zu versetzen, sich selbst zu verteidigen“.*^{#2}
- *2 **Anti-Sezessionsgesetz:** Das Anti-Sezessionsgesetz von 2005 bestärkt erneut das Verständnis der VR China, das Taiwan als eine „abtrünnige Provinz“ und somit als Bestandteil Chinas sieht. In Artikel 8 behält sich die VR China gegenüber Taiwan ein Recht auf militärisches Eingreifen vor, sollte dieses sich für unabhängig erklären. Im gleichen Zuge wird der Bevölkerung Taiwans das Recht auf Ausübung eines anderen politischen Systems sowie ein hoher Grad an Autonomie versprochen, sollte es zu einer (Wieder-)Vereinigung kommen. [Hier](#) geht es zum englischen Volltext.
- *3 **Gesetz zur nationalen Sicherheit in der Sonderverwaltungszone Hongkong:** Das chinesische Sicherheitsgesetz für Hongkong, welches am 30. Juni 2020 in Kraft getreten ist, konkretisiert die Umsetzung vom „Ein Land, zwei Systeme“-Prinzip in der Sonderverwaltungszone Hongkong. Zur Wahrung der nationalen

Sicherheit Chinas und zur Bekämpfung von Aufständen und Abspaltungsbewegungen in Hongkong wurde den chinesischen Sicherheitskräften mit dem Gesetz eine rechtliche Grundlage geschaffen. Konkret stellt das Gesetz in Hongkong Abspaltung, Subversion, terroristische Aktivitäten und die Zusammenarbeit mit ausländischen Mächten zur Gefährdung der nationalen Sicherheit unter Strafe. Das Gesetz wurde in westlichen Ländern vielfach stark kritisiert, da es de facto die individuellen Freiheitsrechte der Bürger*innen und die Autonomie Hongkongs massiv einschränkt. Die Deutsche Welle informiert [hier](#) über die wichtigsten Inhalte.

Quellen und weiterführende Links

- #1 Steffen Wurzels Hintergrundartikel „Gemeinsame Geschichte, große Unterschiede“ vom 02.08.2022 bei tagesschau.de: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/china-taiwan-141.html>
- #2 Ein-China-Prinzip: Grundpfeiler der chinesischen Souveränitätspolitik, erschienen im *Merkur* am 02.08.2022: <https://www.merkur.de/politik/ein-china-politik-staatsdoktrin-volksrepublik-taiwan-republik-china-prinzip-90240150.html>
- #3 Der Deutsche Bundestag kündigte die Reise in einer Pressemitteilung an (30.09.2022): <https://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2022/pm-220930-delegationsreise-freundeskreis-berlin-taipei-913198>
- #4 Der BpB-Artikel *China und die „Taiwanfrage“* von Axel Berkofsky bietet einen umfassenden Überblick über die Hintergründe: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/509571/china-und-die-taiwanfrage/>
- #5 Der Stern berichtete über das Kräfteressen und Wettrüsten im Pazifik (18.09.2021): <https://www.stern.de/politik/ausland/kraeftemessen-im-pazifik--so-gross-ist-chinas-seemacht-30753324.html>
- #6 Die NZZ über die Chip-Hochburg Taiwan (03.08.2022): <https://www.nzz.ch/technologie/sollte-china-wirklich-die-chip-hochburg-taiwan-angreifen-drohte-auch-der-weltwirtschaft-eine-katastrophe-ld.1654300>
- #7 Artikel im Deutschlandfunk über die digitale Geopolitik (06.09.2022): <https://www.deutschlandfunk.de/china-usa-eu-digitalisierung-technologie-100.html>
- #8 Addison, Craig (September 2000). A 'Silicon Shield' Protects Taiwan From China. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2000/09/29/opinion/IHT-a-silicon-shield-protects-taiwan-from-china.html>
- #9 Die NZZ über den im neuen Weißbuch formulierten Machtanspruch Chinas gegenüber Taiwan (11.08.2022): <https://www.nzz.ch/international/china-warnt-taiwan-in-neuem-weissbuch-ld.1697362?reduced=true>

- #10 Hier geht es zu den Ergebnissen der National Chengchi University:
<https://esc.nccu.edu.tw/PageDoc/Detail?fid=7800&id=6961>
- #11 Umfrage in Taiwan zur Unabhängigkeit von China von 2011 bis 2022 bei Statista:
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1269803/umfrage/umfrage-in-taiwan-zum-anschluss-an-festland-china/>
- #12 Hilpert, H. G., Sakaki, A. & Wacker, G. (April 2022). Vom Umgang mit Taiwan. Stiftung Wissenschaft und Politik. <https://www.swp-berlin.org/publikation/vom-umgang-mit-taiwan>
- #13 Kuehn, David (Dezember 2021). Den Status quo managen: Kontinuität und Wandel in der US-Politik zu Taiwan. *GIGA Focus | ASIEN* #6: <https://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/den-status-quo-managen-kontinuitaet-und-wandel-in-der-us-politik-zu-taiwan>
- #14 Hier geht es zum entsprechenden Artikel in der Süddeutschen Zeitung:
<https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-usa-verkaufen-taiwan-waffen-in-milliardenwert-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220903-99-615539>
- #15 Overhaus, M. & Sakaki, A. (Mai 2021). Die US-Bündnisse mit Japan und Südkorea. Stiftung Wissenschaft und Politik. SWP-Studie 5: <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-us-buendnisse-mit-japan-und-suedkorea#hd-d43256e341>
- #16 Die Rede des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell vom 13.09.2022 (englisch):
https://www.eeas.europa.eu/eeas/taiwan-remarks-high-representativevice-president-josep-borrell-ep-debate-recent-developments_en
- #17 Der Spiegel berichtete ausführlich über das Datenleak (24.05.2022):
<https://www.spiegel.de/ausland/xinjiang-police-files-einblick-in-chinas-brutales-lagersystem-a-6e85c81a-43c5-4a7b-85ad-8c70b22179a2>
- #18 Die South China Morning Post über die Aussagen des chinesischen Botschafters in Frankreich (08.08.2022):
<https://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3188192/chinese-envoy-france-lu-shaye-doubles-down-taiwan-re-education>
- #19 Die Tagesschau berichtet über die Sanktionen der VR China (03.08.2022):
<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/taiwan-china-konflikt-sanktionen-101.html>
- #20 The Diplomat über Chinas Taktiken der Desinformation und Propaganda (19.09.2022, englisch): <https://thediplomat.com/2022/09/chinas-changing-disinformation-and-propaganda-targeting-taiwan/>
- #21 Der Deutschlandfunk berichtet, wie sich Taiwan gegen Chinas Propaganda-Attacken wehrt (13.09.2022, Audio): <https://www.deutschlandfunk.de/fake-news-aus-china-taiwan-wehrt-sich-gegen-propaganda-attacken-dlf-7a5c93fb-100.html>